



: Politische Bildung in Zeiten autoritärer Entwicklungen und Mobilisierung

PROF. DR. SOPHIE SCHMITT

Die Vielfachkrise fordert uns existentiell heraus. Geopolitische Spannungen, Konflikte und Kriege, die Folgen der Klimakrise, grassierende soziale Ungleichheiten, eine immer weiter aufgehende Schere zwischen Arm und Reich sowie Krisen und Unterversorgungen in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Pflege und Sorge betreffen nicht nur den Globalen Süden, sondern sind zunehmend für Menschen hierzulande erfahrbar.

In dieser Konstellation ist die Demokratie gefährdet. Ihre Idee und ihre (Integrations-)Versprechen haben für viele Menschen an Attraktivität verloren – scheint sie es doch immer weniger zu vermögen, die gegenwärtigen Probleme zu lösen. Stattdessen sind weltweit autokratische Systeme auf dem Vormarsch. Weltweit erleben wir einen Rückbau demokratischer (Grund-)Rechte und eine Zunahme nationaler Abschottung, von „Law and Order“-Politiken und Gewalt.

Politiker_innen, die sich als nonkonformistische Rebell_innen inszenieren, identifizieren vermeintliche Sündenböcke, proklamieren einfache Antworten und erwecken damit den

Eindruck von Handlungsfähigkeit, wengleich sie empirisch wenig dazu beitragen, die skizzierten Probleme wirklich zu lösen – im Gegenteil. Dennoch sind sie zunehmend auch für diejenigen wählbar, deren Interessen sie real missachten.

Das Erreichen autoritärer Kippunkte

Auch in Deutschland sind die sich anbahnenden „autoritären Kippunkte“ nicht zu übersehen. Neu sind sie allerdings nicht. Die öffentlich diskutierte Recherche von CORRECTIV, die Pläne von „Remigration“ und rechten Netzwerken sind für Aktivist_innen, Praktiker_innen und Wissenschaft-

ler_innen keine Überraschung. Der Terror von rechts ist seit Gründung der Bundesrepublik bekannt und zunehmend erforscht. Er ist begleitet von einer regelmäßigen Kritik an Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden, von zahlreichen Ermittlungsspannen, Vertuschungen, von wiederkehrend skandalisierten rechten Netzwerken in Polizei und Bundeswehr.

Seit den 1990er Jahren äußert sich der rechte Terror immer wieder in pogromartigen Angriffen gegen Geflüchtete, in rassistischen und antisemitischen Anschlägen und Morden, in Bedrohungen und auch tödlichen Angriffen auf Politiker_innen und zivilgesellschaftliche Akteure.

Gespeist und angetrieben wird er durch einen Cocktail an extrem rechten, verschwörungsideologischen, menschenfeindlichen, nicht zuletzt sexistisch-misogynen Einstellungen. Einstellungen, die – wie Studien seit den 2000er Jahren dokumentieren – in der Mehrheitsgesellschaft weit verbreitet sind und von Politiker_innen, auch jenseits der extremen Rechten, bedient werden. So vollzieht sich fernab von terroristischen Anschlägen eine ganz alltägliche, öffentlich weit weniger wahrgenommene Gewalt von antisemitischen, rassistischen, muslimfeindlichen, queerfeindlichen und weiteren menschenfeindlichen Diskriminierungen und Übergriffen.

Drohender Umbau von Demokratie und Gesellschaft

Die AfD spielt in diesem „Eskalationskontinuum“ (Wilhelm Heitmeyer) zwischen rechtem Terror, autoritären Einstellungen und „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ eine wichtige Rolle. Sie greift menschenfeindliche Einstellungen auf und beansprucht, einen vermeintlichen Volkswillen umzusetzen. Sie übernimmt, nicht zuletzt durch personelle Überschneidungen, eine Scharnierfunktion in systemfeindliche Milieus und subkulturelle Szenen hinein. So zeigte jüngst eine Recherche des Bayerischen Rundfunks, dass die AfD im Bundestag mehr als 100 Personen aus der extremen Rechten beschäftigt. Sie scheint allerdings trotz oder für manche gerade wegen ihrer extrem rechten Bezüge und Positionierungen für immer mehr Menschen wählbar zu sein. Laut der neuesten Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung teilen 8 Prozent der Deutschen und 24,1 Prozent der AfD-Anhänger_innen ein extrem rechtes Weltbild.

Allmählich bricht sich die berechtigte Sorge Bahn, dass sich mit dieser Partei in Regierungsverantwortung ein erheblicher Umbau von Demokratie und Gesellschaft vollziehen könnte. Diese Sorge mobilisierte hunderttausende Menschen, die in zahlreichen Demonstrationen im ganzen Bundesgebiet

„Da kein Mensch als Demokrat_in geboren wird und nicht zwangsläufig demokratisch orientiert bleibt, braucht es gesellschaftliche Räume, in denen Demokratie eingeübt und praktiziert wird.“

ihren Unmut über die jahrelangen verbalen Entgleisungen, die menschenfeindliche und demokratiemissachtende Sprache in den Parlamenten und sozialen Netzwerken, wie auch über die Querverbindungen und personellen Überschneidungen in das extrem rechte Spektrum hinein auf die Straßen trugen. Inzwischen wird auch ein Parteiverbot öffentlich kontrovers diskutiert.

Professionsfremde Erwartungen an die politische Bildung

Politische Bildung ist von dieser gesellschaftlichen Gemengelage mehrfach betroffen:

Da sind erstens politische Kampagnen der AfD zu nennen, die unter dem Schlagwort der Neutralität eine kritische Auseinandersetzung mit autoritären, menschenfeindlichen und geschichtsrevisionsistischen Positionen zu diskreditieren und zu verhindern versuchen.

So wurden bereits 2017 – unter dem Vorwand einer angeblichen „ideologischen Beeinflussung“ an Schulen – Portale zur Meldung missliebiger Lehrkräfte eingerichtet, parlamentarische Anfragen zu Trägern politischer Bildung dazu genutzt, ihre Arbeit als unseriös zu diskreditieren und auf die Fördermittelvergabe einzuwirken. Aktuell fordert die AfD in Bayern, die Mittel für den Bayerischen Jugendring mit dem Verweis auf eine vermeintlich fehlende Neutralität um fast die Hälfte zu kürzen. Doch nicht nur die schulische und außerschulische politische Bildung wird in dieser Weise attackiert, sondern auch der Kunst- und Kulturbetrieb, die Soziale Arbeit und die Gedenkstättenarbeit.

Zweitens ist die Entwicklung der politischen Bildung in der Nachkriegsgeschichte von Beginn an eng mit der Erwartung verbunden, antidemokratische respektive extrem rechte Tendenzen zurückzudrängen. Damit hängt die Vorstellung zusammen, dass politische Bildung einen Beitrag zunächst zur Etablierung, dann zur Stabilisierung, inzwischen zur Verteidigung der Demokratie leiste. Regelmäßig haben politische Bildner_innen betont, politische Bildung sei keine „Feuerwehr“ für gesellschaftspolitische Problemlagen. Zuletzt wurde in diesem Zuge das Framing von politischer Bildung als Beitrag zur „Extremismusprävention“ als Einführung von politischer Bildung auf die Abwehr von Gefährdungen kritisiert.

Möglichkeiten politischer Bildung in der Demokratie

Politische Bildung in einer Demokratie kann und möchte nicht neutral sein. Sie hat immer einen Werteaspekt, der orientiert ist an Humanität, Grund- und Menschenrechten, Pluralismus, Freiheit, Gleichheit, Volkssouveränität. Demokratie ist nicht ein für alle Mal gegeben und gesichert, sondern muss immer wieder (neu) erstritten, erlernt und auch weiterentwickelt werden. Diesen Wertgehalt verletzt die autoritäre und extreme Rechte mit ihrem Bezug auf eine vermeintliche Homogenität des Volkes und einen einheitlichen Volkswillen, mit ihrem Antipluralismus, den Ideologien der Ungleichwertigkeit, ihrer Gewaltlatenz und -akzeptanz



sowie mit ihrem Ziel eines autoritären Staates in eklatanter Weise – wengleich auch sie den Demokratiebegriff rhetorisch-strategisch nutzt.

Politische Bildung in einer Demokratie ist den Subjekten, nämlich den jungen Menschen und ihrer Entwicklung verpflichtet. Sie befähigt sie, die eigene Lebenssituation ins Verhältnis zum Politischen zu setzen und ihre Interessen zu erkennen. Sie schafft Grundlagen, das Politische verstehen und Möglichkeiten der Mitbestimmung und Partizipation einzufordern und nutzen zu können. In ihren formalen und non-formalen Settings, aber auch informell werden langfristig Kompetenzen erworben, die eigenen Interessen human auszuhandeln und dabei die Pluralität unterschiedlicher Meinungen, Dissens sowie die Differenz und Vielfalt von Menschen auszuhalten und produktiv zu wenden.

Politische Bildung stellt zudem Möglichkeiten bereit, die gegenwärtigen gesellschaftlichen Krisen und Problemlagen, die viele jungen Menschen beschäftigen und verängstigen, zum Thema und verstehbar zu machen sowie Handlungsmöglichkeiten zu eruieren. Indem sie dies tut, bietet politische Bildung alternative Deutungen zu den einfachen Antworten der autoritären und extremen Rechten an.

Voraussetzungen für politische Bildung in der Demokratie

Da kein Mensch als Demokrat_in geboren wird und nicht zwangsläufig demokratisch orientiert bleibt, braucht es

gesellschaftliche Räume, in denen Demokratie eingeübt und praktiziert wird. Auch benötigt es Räume jenseits der etablierten Politik, in denen sich die unterschiedlichen Interessen all jener, die in dieser Gesellschaft leben, ausbilden und artikulieren können. Die bundesdeutsche, auch weltanschaulich fundierte Pluralität der außerschulischen und schulischen politischen Bildung als Reaktion auf die historische Erfahrung des Nationalsozialismus ist einzigartig und eine große Errungenschaft.

Allerdings ist diese Pluralität derzeit fundamental gefährdet. Das zeigt sich etwa an Unterfinanzierungen im Kinder- und Jugendplan und in der politischen Erwachsenenbildung; es zeigt sich an einer Marginalisierung des Schulfachs politischer Bildung; es zeigt sich in der Schwächung der Zivilgesellschaft und der sozialen Bewegungen mittels des Gemeinnützigkeitsrechts. Es zeigt sich nicht zuletzt an einem erzieherischen Staat, der mit seinen politischen Maßnahmen vorrangig auf die Abwehr von Gefährdungen zielt, statt die vielfältigen Lernräume der Demokratie in der Fläche jenseits von themenbezogenen Projektlogiken und damit verbundenen Erwartungen langfristig strukturell zu sichern.

PROF. DR. SOPHIE SCHMITT

ist Professorin für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

sophie.schmitt@sowi.uni-giessen.de